

Von Kurt Schumacher
bis Gerhard Schröder

Patriotismus von links

Norbert Seitz

Dass die SPD 1949 eisern an der „nationalen Frage“ festhielt, während die Union einen supranationalen Kurs nach Europa ansteuerte, hat der Historiker Heinrich August Winkler einmal als eine Art „dialektische Ambivalenz“ bezeichnet, die sich als glückliche Fügung für den neuen Staat Bundesrepublik erwiesen habe. Sehr Versöhnliches ging von diesem Spiel mit vertauschten Rollen freilich nicht aus. Fragwürdige Berühmtheit erlangten zum Beispiel Kurt Schumachers nationalistische Polemiken, Konrad Adenauer als „Kanzler der Alliierten“ zu beschimpfen und den Befürwortern eines Europaratsbeitritts zuzurufen, sie hörten auf, „Deutsche zu sein“.

Doch die SPD verstand sich von jeher als Partei der sozialen und nationalen Einheit. In der Weimarer Republik hatte sie an deren Ende den permanenten Kampf um nationale Symbole – Flaggen, Hymnen und Gedenkrituale – gegen die Systemfeinde von rechts verloren. Deshalb sah die Schumacher-Partei ihre Rolle in der frühen Bonner Republik auch zunächst als Bewahrerin der nationalen Einheit und widersetzte sich dabei vehement Adenauers Westintegrationskonzept.

Vom Deutschland-Plan zur Ost- und Entspannungspolitik

Der Deutschland-Plan der SPD von 1959 sah im Jahr nach dem Chruschtschow-Ultimatum ein militärisch neutralisiertes Gesamtdeutschland vor, aus dem sich die beiden einander feindselig gegenüber-

stehenden Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die USA und die Sowjetunion, künftig heraushalten sollten. Carlo Schmid entwickelte stellvertretend für seine Partei den Gedanken einer „ungeheilten Nation als Schicksalsgemeinschaft“: „Unsere Vorstellungen von vaterländischer Solidarität verboten uns, unsere Landsleute jenseits der Demarkationslinie für immer einem Regime der Unfreiheit ausgeliefert zu lassen.“ Doch die SPD stürzte mit ihrem Deutschland-Plan ab, denn er stand quer zur Staatsräson in Zeiten des Kalten Krieges, sodass Herbert Wehner mit seiner Bundestagsrede vom Juni 1960 die Notbremse zog, indem er die außenpolitischen Realitäten anerkannte, und das hieß: Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis und zwischenzeitliche Nachrangigkeit der Wiedervereinigung. Für die nationalneutralistische Linke, die die „nationale Frage“ als oberstes Gebot ansah, bedeutete Wehners Rede Verrat an der gesamtdeutschen Identität.

Doch selbst die Ende der 1950er-Jahre aufkommende Forderung nach Anerkennung der DDR wurde noch als Fortsetzung der alten Linie interpretiert, den nationalen Interessen des deutschen Volkes durch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu dienen. Nach dem Mauerbau im August 1961 wurde eine „Politik der kleinen Schritte“ in die Wege geleitet. Die Ost- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition hielt an der nationalen Option fest. „Zwei Staaten auf deutschem Boden, die fürein-

ander nicht Ausland sind“, hieß die neue diplomatische Formel aus der ersten Regierungserklärung Willy Brandts anno '69. Während Egon Bahr linken Patriotismus bediente, betätigte Redenschreiber Klaus Harpprecht sämtliche Alarmglocken, weil er den Patriotismus von jeher für „die letzte Zuflucht der Schurken“ hielt. So hatte er 1972 vergeblich die erfolgreiche Wahlkampfparole „Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Euer Land!“ in „Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Willy Brandt!“ zu entschärfen versucht.

Die DDR als sozialistische Modellnation

Während die SPD die Nation ungeachtet der Anerkennung der Realitäten nach 1945 noch nicht ganz abgeschrieben hatte, lief parallel dazu in der DDR der stufenweise Prozess einer umfassenden nationalen Revision. 1945 war von Walter Ulbricht noch zu vernehmen: „Die Kommunistische Partei ist die Partei des Kampfes für die Einheit der Nation.“ Ähnlich hatte Stalin betont, „dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt“. Dem entsprach auch eine „Wendung zum Nationalen“ Anfang der 1950er-Jahre unter dem späteren Politbüromitglied Albert Norden, der auch erster Sekretär des „Ausschusses für deutsche Einheit“ in der DDR werden sollte. Sogar in der bizarren vielstrophigen Ode Johannes R. Bechers an den gerade verstorbenen Stalin ist noch davon die Rede, dass in seinem Namen sich „Deutschland einen“ werde.

Dieser Linie wurde jedoch mit der sukzessiven Streichung des Namens „Deutschland“ aus dem offiziellen Sprachgebrauch abgeschworen. So ging die Verfassung von 1968 von einem „sozialistischen Staat deutscher Nation“ aus. Und zum zwanzigsten Gründungstag 1969 stilisierte sich die DDR zu jenem einzigartigen Musterstaat, in dem sich alle

progressiven Ideen des deutschen Volkes erfüllt hätten – darunter fielen die Bauernkriege, die Erhebungen von 1813 und 1848, die revolutionäre Arbeiterbewegung, der antifaschistische Widerstand und die eigene Staatsgründung am 7. Oktober 1949.

1970 sprach Walter Ulbricht erstmals von der Herausbildung einer „sozialistischen Nation“. Man unterschied zwischen einem „sozialistischen deutschen Nationalstaat“ und einem „kapitalistischen NATO-Staat“. Auf Druck der KPdSU sollte fortan ein sozialistischer Patriotismus erarbeitet werden, um Egon Bahrs Auffassung von den „zwei Staaten einer Nation“ eine Zwei-Nationen-Theorie entgegenzuhalten. Zum hundertsten Jahrestag der Reichsgründung 1971 kam es der SED deshalb darauf an, allen gesamtdeutschen Bindungen und Gemeinsamkeiten, dem deutschen Nationalstaat wie der Idee einer deutschen Nation, eine radikale Absage zu erteilen.

Schon bald danach widersprach SED-Chefideologe Kurt Hager auch der These vom Fortbestand einer einheitlichen deutschen „Kulturnation“, ehe 1974 in der Verfassung nicht mehr von einem „sozialistischen Staat deutscher Nation“, sondern von einem „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ die Rede sein sollte. Mit der Konsequenz, dass das SED-Regime von nun an auch vormals in eine absteigende Linie gestellte Kapitel der deutschen Geschichte in seine offizielle Geschichtsschreibung einzuspeisen versuchte. So entdeckte die DDR Luther zu dessen 500. Geburtstag 1983, und in den 1980er-Jahren wurde auch das Reiterdenkmal des „Alten Fritz“ wieder Unter den Linden postiert.

Die Neue Linke und die Überwindung der Nation

Während in der DDR der Versuch unternommen wurde, sich eine progressiv bestückte Modellnation zusammenzuklau-

ben, wurde in Teilen der Neuen Linken ein radikaler Bruch mit dem Konzept von Nation überhaupt vollzogen. Als intellektuelle Vorreiter traten dabei die Sozialphilosophen der Frankfurter Schule wie zum Beispiel Max Horkheimer in Erscheinung, der 1959 den Schluss zog, der Patriotismus in Deutschland sei so furchtbar, „weil er so grundlos ist“. Das formelle Schuldgetue in Deutschland habe nur die Funktion, „sich zum rechten Patriotismus das gute Gewissen zu machen“. In die gleiche Kerbe hieb Schriftsteller Hans-Magnus Enzensberger in seinem Essay „Von der Schwierigkeit, ein Inländer zu sein“ (1963). Darin erklärte er die nationalen Kategorien für historisch obsolet: „Ich habe nie recht verstanden, wozu Nationen da sind.“ Nationalität sei nicht Fundament seiner Identität, sei eine Rollenerwartung und keine Realität. Aus dieser falschen Realität erwachse eine doppelte deutsche Frage: „unbewältigte deutsche Vergangenheit“ und „die deutsche Teilung“. Das wahre Epizentrum der Weltpolitik sei aber nicht die deutsche Frage, mit der das schuldbeladene Deutschland den Rest der Welt nerve, sondern Afrika, Lateinamerika und Südostasien.

In der Tat fand ein Großteil der Neuen Linken in der Sozialrevolution eine Identität. Es entstand eine deutsche Protestsolidargemeinschaft für die Geknechteten der Erde. Die Linke beteiligte sich an der Wiedergeburt von Nationen der Dritten Welt und spielte sich dabei gleichsam als Zentralkomitee des weltweiten Protests auf. Joschka Fischer erkannte später darin den Versuch einer Vergangenheitsbewältigung. Man „wollte dadurch den Beweis antreten, dass man seine deutsche Identität und Erbschaft zugunsten einer linken und internationalistischen Identität hinter sich gelassen hat. Dass man sich damit also von dem erdrückenden Gefühl der deutschen Schuld am Holocaust befreit hatte.“

Gegen diese radikale antinationale Sicht stand aber aufseiten der Neuen Linken *Dutschkes Deutschland* – so ein aktueller Buchtitel von Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker. Der Führer der Studentenrevolte und Außerparlamentarischen Opposition hatte einst die DDR verlassen, um seiner Einberufung in die NVA zu entgehen. Begründung: „Ich war nicht bereit, in einer Armee zu dienen, die die Pflicht haben könnte, auf eine andere deutsche Armee zu schießen, in einer Bürgerkriegsarmee.“

Zum nationalrevolutionären Flügel des SDS zählten auch Horst Mahler, Bernd Rabehl oder der später von Peter Glotz als Parteischulreferent in die SPD geholte Tilman Fichter. Ihr Konzept ging davon aus, Nation und Sozialismus zusammenzudenken. Rudi Dutschke hielt auch noch nach seiner Rückkehr in die linke deutsche Szene 1977 bis zu seinem Tode an der „nationalen Frage“ fest.

Ebenso sorgte der Schriftsteller Martin Walser 1978 zur Stadtschreiberkür von Nicolas Born in Bergen-Enkheim mit der Laudatio „Eine Wunde namens Deutschland“ für erhebliches Befremden. Darin heißt es: „Ich verspüre ein elementares Bedürfnis, nach Sachsen und Thüringen reisen zu dürfen.“

Gleichzeitig kamen in der Friedensbewegung Anfang der 1980er-Jahre nationale Empfindungen auf. Aus der Gefahr einer atomaren Vernichtung durch sowjetische SS-20-Raketen und amerikanische Pershings und Cruise Missiles entwickelten sich Heimatgefühle. Der Atomkrieg bedrohe speziell die deutsche Nation. In dieser Sonderung sahen Kritiker eine Art Betroffenheitsnationalismus, durch den Deutschland zum atomaren Weltopfer *in spe* stilisiert werden sollte.

Aus der linksadornitischen Ecke setzte es daraufhin scharfe Attacken, so vom Essayisten Wolfgang Pohrt, der der Friedens- und Alternativbewegung deutschnationale Tendenzen unterschob:

„Wenn’s das nur wäre (dass Deutschland atomar vernichtet werden könnte), dann hätte der Atomkrieg vielleicht schon längst stattgefunden, den Verlust wohl keiner Nation würde der Rest der Welt leichter verschmerzen als den der deutschen.“

Postnationale Identität und deutsche Einheit

Als die Mauer fiel, geriet die SPD in arge Verlegenheit. Während Ehrenvorsitzender Willy Brandt das Glück dieses welthistorischen *éclat triomphal* kaum fassen konnte, duckte ein Großteil der westdeutschen Linken weg, hatte man doch gerade erst mit der alten Bundesrepublik einen verfassungspatriotisch buchstabierten Frieden gemacht.

Gleichzeitig war die zweite Phase der aus der Opposition heraus betriebenen Entspannungspolitik der SPD wegen ihrer Status-quo-Fixiertheit überflüssig geworden. Nachdem er über einen Zusammenbruch des SED-Regimes „nicht nachdenken konnte“ und Egon Krenz fälschlicherweise für einen „Gorbatschow der DDR“ gehalten hatte, musste Egon Bahr im Nachhinein selbstkritisch eingestehen: „Ich war blind für die Situation, als sie unvermutet eintrat.“ Nicht so sein Herr und Meister, Willy Brandt, der mit vier Bemerkungen das postnationale Credo der Linken und seiner Partei beiseiteräumte:

Erstens erklärte er mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig die alte Ost- und Entspannungspolitik für beendet. Sätze Egon Bahrs, weder die deutsche Einheit noch die Freiheit der Polen rechtfertigten einen Krieg, waren obsolet geworden. Jetzt würde ein neues Kapitel im Buch der Geschichte aufgeschlagen werden, beschwor Brandt.

Zweitens widersprach er mit dem eingängigen Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ allen postnationalen Absagen an eine nationale Identität.

Diesem Satz wurde damals von links in allen lyrischen Varianten widersprochen: „Lieber Mailand als Leipzig“, deklamierte die Frankfurter Kulturdezernentin Linda Reisch, und Kanzlerkandidat Lafontaine fühlte sich „Paris näher als Dresden“.

Drittens erfuhr Brandt auch wenig innerparteiliche Zustimmung für seinen Satz: „Nirgends steht geschrieben, dass die Deutschen auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat.“ Damit hatte der SPD-Ehrenvorsitzende die über Jahre unumstößliche Prämisse beiseitegewischt, dass nur auf der Basis einer dauerhaften Existenz zweier deutscher Staaten eine Europäische Friedensordnung denkbar sei.

Viertens kam es noch ärger. In seiner Berliner Rede auf dem SPD-Programmparteitag nur wenige Tage nach dem Mauerfall erklärte er: Kein noch so großes Unrecht eines Volkes könne auf Dauer die Teilung eines Landes rechtfertigen. Damit hatte er die deutsche Frage zum Maßstab aller moralischen Betrachtungen gemacht und die Möglichkeit einer gerechten Tilgung deutscher Schuld per Landesteilung verworfen, wie sie Anfang 1990 von Günter Grass in einem TV-Streitgespräch mit Rudolf Augstein noch unterstrichen werden sollte: Bei allem, was jetzt noch passieren würde – damit war eine Entwicklung hin zur deutschen Einheit gemeint –, müsse man immer Auschwitz mit bedenken, so Grass.

Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, damals eine Art antinationale Kultfigur, zeigte sich auf jenem SPD-Programmparteitag von der sensationellen Zeitemwende völlig unbeeindruckt. Wie Daniel Friedrich Sturm schildert, redete er von den „Aufgaben der Menschheit“, das heißt „von Kalkutta und Kabul, nicht aber von Chemnitz und Kassel“, über die Klimakatastrophe und das Abholzen der Regenwälder oder bedrohliche Tiefflüge im

Innern des Landes. Günter Grass stieß ins gleiche Horn mit dem Satz, das Ozonloch werde durch die Annäherung der Deutschen nicht kleiner.

Sektiererisch waren solche Einschätzungen keineswegs, denn die DDR wurde bis weit in die 1980er-Jahre als „Ausland“ wahrgenommen. In einer Umfrage von 1987 hielten 51 Prozent der 14- bis 29-Jährigen die DDR für „Ausland“, das Wort „Deutschland“ galt in Teilen der Öffentlichkeit als problematisch.

Brigitte Seebacher-Brandt geißelte die generative Abstinenz der postnationalen „Enkel“-SPD: „Die Linke hat an den historischen Ereignissen der deutschen Einheit vorbeigedacht, -geredet und -geschrieben.“ Die SPD habe „den nationalen Kairos verpasst“, stellt Daniel Friedrich Sturm in seiner Studie über die „SPD und die Deutsche Einheit“ fest.

Und die Grünen? Auch sie hätten gern an der Zweistaatlichkeit festgehalten, freilich nicht auf der Basis des Status quo. Sie hatten Angst vor der deutschen Einheit und befürchteten einen „pausbäckigen DM-Nationalismus“ (Jürgen Habermas). Hubert Kleinert unterschied rückblickend bei den westdeutschen Grünen folgende Fraktionen: neben „vereinzelten Vereinigungsbefürwortern bewegungsorientierte Revolutionsromantiker, realpolitische Zweistaatlichkeitsbefürworter, solche, die den Sinn der Teilung in einer Strafe für Auschwitz erkannten; radikale Nie-wieder-Deutschland-Vertreter, die neuen Imperialismus und Weltmachtstreben befürchteten“.

Stattdessen teilten viele mit den Bürgerrechtlern in der DDR die Hoffnung auf einen „Dritten Weg“. Bärbel Bohley oder Friedrich Schorlemmer wollten zur Krönung der friedlichen Revolution an einer weiteren Modelleisenbahn basteln, einer demokratisierten DDR mit einem „eigentlichen“ Sozialismus. Der Rostocker Pastor Joachim Gauck war entschieden dagegen: Geschundenen dürfe man kei-

nen weiteren Modellversuch zumuten, zumal die ökonomischen Folgen unabsehbar seien. Einige haben ihm diese Position lange Zeit nicht verziehen. Doch die Träume des Theologen Gauck waren seit dem Mauerbau 1961 in eine andere Richtung gegangen, wünschte er sich doch für sein Land kein neues Systemexperiment, sondern die Freiheit, die er im Westen für weitestgehend verwirklicht hielt.

Normalisierung und Geschichtsgefühl in der Ära Schröder

„Ich halte viel von dem Begriff“, bemerkte Kanzler Schröder auf die Frage, ob Deutschland heute ein „normales Land“ mit einem „normalen Selbstbewusstsein“ sei. Manche Kanzler-Kritiker argwöhnten deshalb, dass die Schlussstrich-Mentalität der früheren Rechten nunmehr auch aufseiten der neunationalen Linken angekommen sei. Dieser Eindruck war nach dem D-Day-Gedenken in der Normandie 2004, dem erstmaligen Besuch des Soldatengrabes seines gefallenen Vaters in Rumänien und der heftig kritisierten Unterstützung der hochkarätigen Gemälde-Kollektion des Flickerben entstanden.

Hinzu kam der 57. Jahrestag des 8. Mai 2002, als sich Kanzler und SPD-Vorsitzender Schröder nicht davon abhalten ließ, öffentlich im Willy-Brandt-Haus zum Thema „Nation, Patriotismus, demokratische Kultur“ mit dem unter Linken eher zur Unperson erklärten Schriftsteller Martin Walser zu talken, der 1998 in seiner skandalisierten Frankfurter Friedenspreisrede Auschwitz als „Moralkeule“ verteufelt hatte und eine „Instrumentalisierung unserer Schande“ auf dem Plan sah. Der Literat vom Bodensee nutzte seinen Auftritt vor der monumentalen Brandt-Büste, um einen neuen Begriff zu kreieren – das Geschichtsgefühl.

Schröder wurde von allen Seiten scharf attackiert: Mit flapsigen Sprüchen unterschätzte er die Risiken einer haltlosen Nor-

malisierung, schrieb die *ZEIT*. So hatte er in einem Anflug von Ironie zum Besten gegeben: „Wenn die deutsche Nationalelf spielt, dann drücke ich den Deutschen nicht deshalb den Daumen, weil wir so ein wunderbares Grundgesetz haben.“ Dies kam einer indirekten Infragestellung jenes Verfassungspatriotismus gleich, hinter dem sich ein Großteil der Linken noch nach der deutschen Einheit in der angsterfüllten Erwartung neonationalistischer Großoffensiven verschanzt hatte.

In Wahrheit jedoch war Schröder von der pragmatischen Auffassung ausgegangen, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit größtenteils stattgefunden habe und es nunmehr möglich sein müsse, über Normalität zu sprechen, auch wenn man Walsers Diktion in seiner stark kritisierten Frankfurter Paulskirchenrede für unpassend gehalten haben mochte. Vor allem schien Schröder die von links mit angestoßene Verlagerung der Erinnerungskultur auf deutsche Opferthemen – Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg – ganz recht zu sein. Erinert sei dabei an Jörg Friedrichs akribische Studie über den alliierten Bombenkrieg auf deutsche Städte, an Günter Grass und seine Novelle über das untergegangene Flüchtlingsschiff „Wilhelm Gustloff“ sowie an die von Peter Glotz mit angestoßene Kampagne für ein Zentrum gegen Flucht und Vertreibung.

Bei der Heraufkunft eines „Patriotismus von links“ waren – wie nicht anders zu erwarten – auch ein paar Querschüsse zu vernehmen, etwa die Idee der Feiertagsstreichung des 3. Oktober zur Finanzierung der Pflegeversicherung oder die Attacke Jürgen Trittins, der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer als

„Skinhead“ titulierte, nachdem dieser die Parole „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ in öffentlicher Rede verwandt hatte. Jener Streit rief seinerzeit Bundespräsident Johannes Rau auf den Plan, der konstatierte, man könne nur stolz auf selbst Geleistetes sein.

Kanzler Schröder hantierte fortan mit dem Patriotismus-Begriff an allen Fronten. In seiner aufsehenerregenden Goslarer Wahlkampfrede 2003 nannte er die bevorstehende Nicht-Beteiligung von Bundeswehrsoldaten am Irak-Krieg einen „deutschen Weg“ – sehr zum Verdruss seines Außenministers. Außerdem hielt er der Opposition entgegen, die Zustimmung zu seiner Agenda 2010 komme einer „patriotischen Tat“ gleich. Sozialwissenschaftler im kommunitaristischen Umfeld dachten daraufhin über die Kategorie eines „Sozialpatriotismus“ nach, um damit in harten globalen Zeiten die Bereitstellung heimischer Arbeits- und Ausbildungsplätze durch Unternehmer als Beweis ihrer Heimatliebe deklarieren zu können. Später am Ende der rot-grünen Ära sollte auch SPD-Chef Müntefering bei der „Heuschrecken“-Debatte heftig mit der Keule der „vaterlandslosen Gesellen“ auf angeblich undeutsche Unternehmer eindreschen, die zu Hause keine Steuern mehr zahlten und Arbeitskräfte ins Ausland verlagerten.

Von Schröders „Normalisierung“ blieb im deutschen „Sommermärchen 2006“ während der Fußball-WM viel multikulturelle Deutungssemantik. Darüber hinaus verbirgt sich bis zum heutigen Tage hinter der Wiederentdeckung des Nationalen auch ein klassisches Protestmuster gegen die Tendenzen einer alles verschlingenden Globalisierung.